

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt.

Amtsblatt

der Königlichen Amtshauptmannschaft, der Königlichen Schulinspektion und des Königlichen Hauptzollamtes zu Baugen, sowie des Königlichen Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda und der Gemeindeglieder des Bezirks.



Anzeigebblatt

für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend, sowie für die angrenzenden Bezirke.

Ältestes Blatt im Bezirk. Erscheint seit 1846.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt. Fernsprecher Nr. 22.

Wöchentliche Beilagen: Der Sächsische Landwirt und Sonntags-Unterhaltungsblatt.

Geschäftsstelle: Bischofswerda, Altmarkt 15. Erscheint jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Der Bezugspreis ist einschließlich der wöchentlichen Beilagen bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich 90 Pfg., bei Zustellung ins Haus monatlich 1 Mk.; durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 2.85 ohne Zustellungsgebühr.

Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 21 543. — Gemeindeglieder: verbandsgenossenschaft Bischofswerda Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Verlegerungsanstaltungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 3-spaltige Grundzeile (Zm. No. 25, oder deren Raum 30 Pfg., drückliche Anzeigen 20 Pfg. Im Textteil (Zm. No. 17) 60 Pfg. die 3-spaltige Zeile. Bei Wiederholungen Rabatt nach feststehenden Sätzen. — Amtliche Anzeigen die 3-spaltige Zeile 50 Pfg. — Für bestimmte Tage oder Blätter wird keine Gewähr geleistet. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Thronentsagung des Kaisers.

Arbeiter- und Soldatenräte in Dresden und Leipzig. — Verhaftung Unabhängiger in Berlin. — Abdankung des Herzogs von Braunschweig.

Die Forderungen der Sozialdemokraten.

Berlin, 8. November. (W. L. B.) Die Vorstände der sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion veröffentlichten an der Spitze des „Vorwärts“ folgenden Aufruf:

Arbeiter! Parteigenossen!

Der Frieden ist gesichert. In wenigen Stunden wird die Waffenruhe eingetreten sein. Nur jetzt keine Unbesonnenheit, welche die an der Front bestehenden Blutvergießen im Lande wieder ausbrechen lassen. Die sozialdemokratische Partei legt ihre ganze Kraft ein, um eure Forderungen schnellstens zur Erfüllung zu bringen. Deshalb stellen heute die Vorstände der sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion folgende letzte Forderungen an den Reichskanzler:

1. Freigabe der heute verbotenen Versammlungen.
2. Anweisung an Polizei und Militär zur äußersten Besonnenheit.
3. Rücktritt des Kaisers und des Kronprinzen bis Freitag mittag.
4. Verstärkung des sozialdemokratischen Einflusses in der Regierung.
5. Umgestaltung des preussischen Ministeriums im Sinne der Mehrheitsparteien des Reichstages.

Ist bis heute mittag keine befriedigende Antwort erfolgt, so tritt die Sozialdemokratie aus der Regierung aus. Erwartet weitere Mitteilungen von uns im Laufe des Freitag nachmittag.

Erfüllung der sozialdemokratischen Forderungen. — Vertagung der Kaiserfrage.

Berlin, 8. November. (W. L. B.) Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Reichstagsfraktion hat folgenden Aufruf erlassen:

Arbeiter! Parteigenossen!

Ein Teil der gestern von uns aufgestellten Forderungen ist von der Regierung und den Mehrheitsparteien erfüllt worden.

Das gleiche Wahlrecht für Preußen und alle Bundesstaaten auf der Grundlage der Verhältniswahl soll ohne Verzögerung durch Reichsgesetz eingeführt werden.

Die sofortige Parlamentarisierung der preussischen Regierung ist gesichert, ebenso die Verstärkung des sozialdemokratischen Einflusses in der Reichsregierung. Die Einberufungen zum Militär sind rückgängig gemacht. Noch nicht erledigt ist die Kaiserfrage. Unsere Forderung auf sofortigen Rücktritt des Kaisers und Verzicht des Kronprinzen wurde aufgestellt unter der Voraussetzung, daß der Waffenstillstand heute mittag abgeschlossen sein müsse. Diese Voraussetzung hat sich nicht erfüllt, weil die deutsche Delegation infolge äußerer Hindernisse heute vormittag im feindlichen Hauptquartier nicht eintrifften konnte. Der Abschluß des Waffenstillstandes würde aber gefährdet durch unseren Austritt aus der Regierung. Deshalb hat der Parteivorstand und die Reichstagsfraktion die gestellte Frist bis zum Abschluß des Waffenstillstandes verlängert, um erst das Ausschreiben des Blutvergießens und die Sicherung des Friedensschlusses herbeizuführen. Sonnabend vormittag treten die Vertrauensmänner der Arbeiter erneut zusammen.

Arbeiter! Parteigenossen! Es handelt sich also nur um einen Aufschub von wenigen Stunden. Eure Kraft und Eure Entschlossenheit vertritt diesen Aufschub.

Beratung des Kriegskabinetts.

Berlin, 8. November. (W. L. B.) Das Kriegskabinetts ist unter dem Vorsitz des Reichskanzlers seit dem frühen Vormittag zu einer Sitzung versammelt. Die Medlung eines hiesigen Blattes, daß der Reichskanzler ins Hauptquartier gereist sei, ist somit unrichtig. Es verlautet, daß mit Rücksicht auf die Verkehrsschwierigkeiten die Frist des sozialdemokratischen Ultimatums bis 6 Uhr abends verlängert worden sei. Eine Bestätigung dieser Medlung liegt jedoch nicht vor. Das Strafenbild der Reichshauptstadt ist von den politischen Ereignissen fast gänzlich unberührt. Es wird in allen Betrieben gearbeitet.

Rücktrittsgesuch des Reichskanzlers.

Berlin, 8. November. (Privat.) Wie wir hören, ist Seine Majestät dem Kaiser über die Lage telegraphischer Bericht erstattet worden. Eine Antwort ist bisher nicht eingetroffen. Der Reichskanzler Prinz Max von Baden hat dem Kaiser keine Demission angeboten.

Berlin, 8. November. (W. L. B.) Der Kaiser, der vom Reichskanzler über die Gesamtlage genau unterrichtet ist, hat den Prinzen Max von Baden gebeten, einstweilen die Geschäfte des Reichskanzlers weiter zu führen, bis der endgültige Beschluß des Kaisers erfolgt. Dieser ist in kürzester Frist zu erwarten.

In Erwartung der Antwort des Kaisers.

Berlin, 9. November. (Priv.-Tel.) Nach dem „Berl. Tagebl.“ ist bis in die Abendstunden bei der Regierung in Berlin eine Antwort des Kaisers nicht eingetroffen. Es zeigt sich, wie erschwert auf alle Verhandlungen die Abwesenheit des Kaisers wirkt. Nicht ausgeschlossen ist, daß der Kaiser den Wunsch hat, das Eintreffen der Waffenstillstandsbedingungen abzuwarten und seine Abdankung mit dem Hinweis auf diese Bedingungen zu begründen gedenkt. Man hofft in Regierungskreisen, daß Prinz Max sein Rücktrittsgesuch zurücknehmen wird, wenn der Kaiser sich zur Abdankung entschließt. Sollte der Prinz nicht bleiben wollen, so würde das ganze Kabinet mit ihm gehen und alsdann ein Kabinet mit dem sozialdemokratischen Abgeordneten Ebert an der Spitze die wahrscheinliche Lösung bringen.

Fortschrittler und Kaiserfrage.

Berlin, 8. November. (W. L. B.) Von einem hervorragenden fortschrittlichen Abgeordneten erhält die „Z.“ am Mittag über die Stimmung und Ansichten der fortschrittlichen Volkspartei folgende Mitteilung: Das Ultimatum der sozialdemokratischen Fraktion hat uns peinlichst überrascht. Wenn man sich zu einer Mehrheit mit anderen Parteien zusammengeschlossen hat, so verlangt ein solcher Zusammenschluß ein gemeinsames Vorgehen und vorherige Verständigung über alle Schritte. Wie wird einem jedoch die Pistole auf die Brust gesetzt. Auch in den Kreisen meiner Freunde ist man der Meinung, daß es richtig gewesen wäre, wenn der Kaiser rechtzeitig und mit einer großen Besize zurückgetreten wäre. Vor wenigen Wochen hätte er damit dem Volke einen großen Dienst geleistet. Jetzt kommt ein solcher Schritt verspätet. Immerhin ist er bei der Revolution die sich nun einmal in Deutschland vollzieht, nicht mehr zu vermeiden. In diesen Zeiten kann in Deutschland ohne Sozialdemokratie nicht regiert werden. Sie ist zur Mehrheitsbildung unbedingt notwendig. Sonst geht die Revolution nicht auf friedlichem, sondern auf bolschewistischem Wege mit allen Schrecken des Bürgerkrieges vor sich. Es wäre furchtbar, wenn im Augenblick der Waffenstillstandsverhandlungen und nun mittelbar vor den Friedensverhandlungen keine Regierung einer Mehrheit vorhanden wäre. Aber auch für die Verhältnisse im Innern des Reiches ist es unbedingt notwendig, daß sofort der bolschewistischen Re-

volution, wie sie sich in den Arbeiter- und Soldatenräten äußert, der Boden abgeschlagen wird. Sonst entwickelt sich in den Großstädten binnen weniger Tage die Hungersnot mit allem Furchtbaren, was daran hängt. Die Verantwortung ist ungeheuer geworden. Hoffen wir, daß die Entspannung, die der Waffenstillstand bringen wird, schnell auch zur Rückkehr geselliger Zustände führt. Denn ohne diese Steuern wir dem Abgrund zu. Das Einvernehmen sämtlicher Mehrheitsparteien, das gestern abend über die Wahlreform in den Einzelstaaten, über das Frauenstimmrecht und die Einsetzung eines parlamentarischen Ministeriums der Mehrheitsparteien in Preußen vorbehaltlich der Genehmigung der Fraktionen erzielt worden ist, ist geeignet, beruhigend auf die Stimmung zu wirken und die Rückkehr der Ordnung zu erwirken.

Übergabe der Waffenstillstandsbedingungen.

Amsterdam, 8. November. (W. L. B.) Das Büro Radio teilt mit: Die deutschen Bevollmächtigten erhielten am Freitag Morgen im Hauptquartier der Allierten die Bedingungen für den Waffenstillstand, sowie die dringende Aufforderung, sie binnen 72 Stunden, die Montag vormittag 11 Uhr ablaufen, anzunehmen oder abzulehnen. Der deutsche Vorschlag zum sofortigen Abschluß einer Waffenruhe wurde von Foch abgelehnt. Die Waffenstillstandsbedingungen sind durch Kurier nach dem deutschen Hauptquartier überbracht worden.

Der Inhalt der Bedingungen noch nicht bekannt.

Berlin, 8. November. (Amtlich.) Die Waffenstillstandsbedingungen sind unseren Unterhändlern mitgeteilt worden. Ihre Annahme in ihrer Gesamtheit wird bis Montag verlangt. Der Inhalt ist im Hauptquartier und in Berlin noch nicht eingetroffen.

Eine unliebsame Verzögerung.

Berlin, 9. November. (W. L. B. Amtlich.) Der mit der Überbringung der deutschen Waffenstillstandsbedingungen beauftragte Kurier funkte heute nacht durch Eißelturn-Funkpruch, daß er die Linie nicht passieren könne, da die Deutschen das Feuer noch nicht eingestellt hätten. Zu dieser Annahme wurde er anscheinend durch den Umstand veranlaßt, daß auf deutscher Seite ein Munitions-Depot in Brand geraten war und mit fortgesetzten Detonationen in die Luft flog. Der Kurier wurde durch Funkpruch hierüber aufgeklärt und erhielt die Weisung die Linie sofort zu überkreuzen.

Das Eintreffen der Waffenstillstandsbedingungen in Berlin kann stündlich erwartet werden.

Bereits heute vormittag verbreitete Meldungen über ihre Annahme entsprechen nicht den Tatsachen. Allerdings darf heute mit dem Abschluß bestimmt gerechnet werden.

Waffenruhe an der flandrischen Front.

Rotterdam, 7. November. (W. L. B.) „Nieuwe Rotterdam Courant“ meldet aus Gas van Gent: Seit 24 Stunden ruht der Kampf am Kanal von Selzeate bis Gent. — Das Artilleriefeuer und auch jede andere Tätigkeit auf der linken Flanke der Armee der Allierten ist eingestellt. Ob dies mit den Waffenstillstandsverhandlungen zusammenhängt, konnte nicht festgestellt werden.